

B 212-Behörde: „Formal alles richtig“

DELMENHORST (JTS). Die Regierungsvertretung Oldenburg bleibt dabei, dass sie nicht für eine eventuelle vorzeitige Veröffentlichung der neuen verkehrswirtschaftlichen Untersuchung (VWU) zur B 212 neu zuständig sei. „Wir sind nicht Auftraggeber, sondern der Bund“, hatte Behördenleiterin Barbara Woltmann dem dk in der Vorwoche gesagt. Das wiederum bestreitet Uwe Kroll von der IG B 212 neu, die gegen die Südtrasse der geplanten Bundesstraße kämpft. Das Land sei Auftraggeber und der Bund nur finanziell beteiligt.

Dazu Markus Goebel von der Regierungsvertretung: „Es handelt sich um eine Auftragsverwaltung des Landes für den Bund. Deshalb ist das, was Frau Woltmann gesagt hat, formal richtig.“ Die Behörde verwende die neue Untersuchung in ihrer landesplanerischen Feststellung und werde das Gutachten zeitgleich mit der Feststellung öffentlich machen. Angestrebt sei Montag, 4. Mai, so Goebel.

Joachim Delfs von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sieht sich nach Studium des ihm vorliegenden Kurzberichtes zur VWU bestätigt: „Dort finden sich leichte Verschiebungen um ein paar hundert Fahrzeuge, aber keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse.“ Dass die von der IG B 212 neu geforderte VoN-Trasse ohne Zu- und Abfahrten Richtung Bremen weniger Verkehr für die Stedinger Landstraße bedeuten würde, sei auch vorher klar gewesen. „Wenn man Verkehrsbeziehungen ermöglicht, kann das zu örtlichen Betroffenheiten führen. Wir sollten gemeinsam nach Lösungen dafür suchen“, fordert Delfs.